Auch ein Wort im Interesse der subalternen Staatsbeamten.

Motto: „Handelt doch einmal nach Recht und Billigkeit!“

Uralte Bitte.

„Wer Pflichten zu erfüllen hat, muß auch im Besitze von Rechten seyn!“ dies ist ein alter, von der gesunden Vernunft, vom Rechte und der Billigkeit sanctionirter Grundsatz, der überall in Ehren gehalten wird, wo nicht Slaverei herrscht.

Es gab eine finstere, traurige Zeit in Oesterreich, wo der Uebermuth und der Despotismus der Großen und Machthaber sich selbst an diesen Grundsatz wagte, und an demselben zu rütteln begann. Man sagt — diese traurige Zeit liege hinter uns; — es ist wohl möglich, daß es so ist, aber nicht alle Staatsbürger haben sich bisher hiervon die beruhigende Ueberzeugung verschaffen können.

Der subalterne oder mindere Beamte in Oesterreich war seit undenklichen Zeiten der willenlose Automat, das blinde Werkzeug in der Hand seines Vorgesetzten. Man sprach immer nur von Pflichten, setzte fürchterliche Strafen auf die Verletzung derselben, aber Niemand gestand dem subalternen Staatsdiener ein Recht zu; am allerwenigsten jene Machthaber, die über sein Schicksal zu entscheiden hatten. Der aller Rechte entäußerte Staatsdiener verlor alle Achtung vor sich selbst, und vor seinem Berufe; traurig, einfürmig und arm an jeglichem Vergnügen verlebte er seine Jahre. Da erschien der bedeutungsreiche 13. März, mit welchem eine neue Epoche in der Geschichte Oesterreichs begann. Der Kaiser gab seinem Volke eine freisinnige Verfassung, und somit waren die Ketten der Knechtschaft, in welche uns die Censur und das verabscheuungswürdigste polizeiliche Spionir-System geschlagen hatten, gefallen. Jeder Staatsbürger wurde ein wahrhaft freier Mann; das Wort wurde freigegeben, und somit das Siegel von Millionen Lippen gelöst. Oeffentlichkeit aller Verhandlungen ist eine der größten Wohlthaten, die uns durch die neue Verfassung zuzuging; denn jetzt hat nicht mehr ein kleiner Kreis von Richtern zu entscheiden, sondern die öffentliche Stimme urtheilt und richtet. Willkür, Eigenmächtigkeit und tyrannischer Despotismus — sie alle sind gebannt, und sollen nie wiederkehren. Das Gesetz, welches nicht mehr durch den Wig der Richter nach Belieben gedreht und gedeutet werden kann, hat an Achtung gewonnen! An dieser Wohlthat sollte jeder Staatsbürger ohne Ausnahme Theil nehmen können, und dieser Gedanke erhellte wie ein freundlicher Stern die Nacht, welche die Existenz des mindern Staatsdieners deckte, der — wir nehmen es wenigstens so an — sich auch zu den Staatsbürgern zählen darf.

Fragen wir aber nach, ob der subalterne Staatsbeamte in seiner Stellung als solcher von diesen Wohlthaten bisher Etwas genossen habe, ob er das Recht besitze, Oeffentlichkeit des Verfahrens zu begehren, wenn es sich um seine Existenz oder um seine Zukunft handelt — und ein tausendstimmiges, aus gepreßter Brust hervordringendes „Nein“ wird die Antwort seyn! — Der subalterne Beamte ist unter allen Staatsbürgern der einzige, für den noch immer das alte inquisitorische Verfahren, und die verhaßte Geheimnißkrämerei gilt.

Hat der subalterne Beamte das Recht, von der Conduitebeschreibung, die sein Vorgesetzter von ihm macht, Einsicht zu nehmen? Wir müssen abermals mit „Nein“ antworten. Erfährt er es je, wie das Gremium der Vorsteher über ihn urtheilt, wenn er zur Beförderung beantragt wird? Nein! — Wird ihm die Ursache bekannt gegeben, warum man ihm einen Andern vorzieht, oder warum er einem Andern vorgezogen wird? Nein! Erfährt er nach unsäglichem Abmühen die ihm zur Last gelegten Gebrechen früher, als er dieserwegen bestraft wird? Nein, Nein!

Der subalterne Officier hatte von jeher das Recht, seine Conduitebeschreibung einzusehen; der Studirende erhält über seine Befähigung ein Attest, und nur der mindere Staatsbeamte muß jetzt wie ehedem über das, was auf seine Existenz und seine Zukunft einen mächtigen Einfluß nimmt, immer in Ungewißheit bleiben. Wir fragen demnach: Was hat der arme Subalterne in Rücksicht auf seine Stellung in der Welt durch die Errungenschaften der Märztage gewonnen, und wer ist befugt, unter allen Staatsbürgern nur ihn allein von der Wohlthat des öffentlichen Verfahrens in Angelegenheiten, wo es sich um seine Zukunft und um das Wohl der Seinigen handelt, auszuschließen?

Kränkend und herabsetzend erscheint der Umstand — man könnte es noch ganz anders nennen — daß bei Gremialberathungen über Befegungsvorschläge für erledigte Dienstesstellen die Oberbeamten und Vorsteher immer nur im engen Kreise und bei verschlossenen Thüren verhandeln. Solch ein Verfahren gleicht so ziemlich dem Behmgericht der Vorzeit; der arme Subalterne wird da geheim angeklagt, und geheim gerichtet. Man zeigt es da den Subalternen ganz unverholen, daß man sie gleichsam als Leibeigene betrachte, die sich damit zufrieden stellen müssen, wenn ihre oft im Zorne

Gottes auf diese Posten gelangten Chefs nach den Eingebungen unumschränkter Willkür über sie verfügen. Welch ein weites Feld wird bei solchen geheimen Verhandlungen der Ungerechtigkeit, der Parteilichkeit, der Verläumdung und der Cabale eröffnet! Man beschuldige uns hier nicht des Mißtrauens; — denn tausendfache Beispiele könnten angeführt werden, welche Ungerechtigkeiten und Verleumdungen bei derlei geheimen Sitzungen schon ausgeheckt wurden, und wie oft die Rednergabe, oder die Keckheit eines Referenten das ganze Gremium zu stimmen wußte! —

Wenn man in Erwägung zieht, daß auf Grundlage der den Völkern Oesterreichs ertheilten Constitution die Berathungen über die künftige Staatsverfassung im Angesichte des Volkes, und die Verhandlungen über Preservergehen vor einem Geschwornengerichte öffentlich Statt finden, und daß endlich die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens bei allen gerichtlichen Verhandlungen eintreten muß, — so sind die geheimen Berathungen über Befetzungen erledigter Dienstesstellen eo ipso unmöglich geworden. Auch hier soll und muß Oeffentlichkeit des Verfahrens eintreten, sonst wird ein wichtiger Theil der durch die Constitution ertheilten Concessionen zur Fabel, und kein Präsident irgend einer selbstständigen, einem Ministerium nicht geradezu untergeordneten Stelle darf es wagen, derlei geheime Berathungen noch länger fortzusetzen, ohne sich mit dem Vorwurfe zu belasten, daß er sich einer unverantwortlichen Eigenmächtigkeit schuldig gemacht habe.

Es gibt im Augenblicke nur noch einige Stellen und Behörden, bei welchen derlei Berathungen eintreten können; aber eben deshalb muß hier auf Oeffentlichkeit gedrungen werden.

Diesen Berathungen müssen sofort auch Subalterne aus allen Diensteskategorien beigezogen werden, mit Ausnahme derjenigen, die in der betreffenden Sitzung zur Besprechung gelangen. Dieses Subalternen-Comité darf jedoch nicht von den Vorstehern, sondern nur wieder von den Subalternen gewählt werden, und hat keine Stimme, sondern bildet wie bei anderen öffentlichen Verhandlungen das Gallerie-Publikum.

Gegen die Billigkeit dieses Unsinnens kann und wird Niemand eine Einwendung machen können, der von der großen Wahrheit durchdrungen ist, daß der subalterne Beamte, welcher allen Verpflichtungen eines Staatsbürgers genügen muß, auch alle einem Staatsbürger zukommenden Rechte genießen müsse.

Der moralische Einfluß, den ein derartiges Verfahren auf den Beamtenstand selbst nimmt, ist von hoher Wichtigkeit. Der Subalterne wird hierdurch einen ehrenhaften und gerechten Vorgesetzten aufrichtig achten lernen, und die Cabale, Verläumdung und Bosheit irgend eines tückischen Chefs wird sich nicht in die Oeffentlichkeit wagen. Die gerechte Sache hat nie die Oeffentlichkeit zu scheuen, und wenn jene mächtigen Herren am grünen Tische nach Pflicht und Gewissen zu Werke gehen werden, so kann ihnen die Achtung und Liebe ihrer Untergebenen nicht entgehen. An die Stelle des Mißtrauens wird Vertrauen treten, und der Eifer für den Dienst wird neu belebt werden. Schon die nächste Zeit wird es lehren, daß der emancipirte Subalterne die ihm gewordene Wohlthat nicht mit Undank lohne, und seinem ehrlichen Vorgesetzten in aufrichtiger Freude Parition zu leisten bereit sei.

In jenen Fällen, wo die Befetzung erledigter Dienstesstellen lediglich dem Ermessen der Minister anheimgestellt bleibt, erwarten wir strenge Gerechtigkeit, und eine genaue Würdigung der Verdienste des Candidaten. „Diese Fälle lassen“ — so meint ein bewährter Schriftsteller — „einer besorglichen oder böswilligen Deutung einen weiten Spielraum. So zeigt eine nicht gar zu seltene Erfahrung in den schon bestehenden constitutionellen Staaten als Wege, um Stellen zu erlangen, auch: Unempfehlung durch Bekannte, politische Parteigenossen, Freunde und Freundinnen der Minister, Unter-Staatssekretäre und Referenten, persönliche Bekanntschaft, Verwandtschaft oder bevorstehende Schwägerschaft u. dgl.“ Diese Umtriebe aber noch mehr, etwaige Gewaltstreich der Minister, welchen zu Folge sie den nächsten Abenteurer auf der Gasse auflesen, und ihm eine Stellung im Ministerium verleihen — wie dies in Frankreich oft schon geschah und noch geschieht — müßten durch die Presse gerügt und dem Urtheile der öffentlichen Meinung unterzogen werden. Doch derlei wollen wir in unserem guten Oesterreich nicht hoffen!

Daß es die höchste Zeit sei, die Zustände unserer subalternen Beamten einer näheren Würdigung u unterziehen, bedarf wohl nach dem Gesagten keiner weiteren Beweisführung. Darum zögert nicht länger, Ihr Machthaber, mit den Reformen; wagt es aber auch nicht, uns noch länger mit eiteln Hoffnungen zu täuschen oder zu vertrosten; Ihr würdet hierbei selbst am schlechtesten fahren!

Wien, am 1. September 1848.

Zu haben bei S. Bader, Buchhändler in Wien, Stadt, Strobelgasse.

Preis: 3 fr. C. M.

Ad. Gust. Friedeborn.

Josefsstadt Nr. 298.